

Ohne Waffen gegen die Nazi-Diktatur

Ein Diskussionsbeitrag in Zeiten des Krieges gegen den Terror

Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte am 6. 6. 2004, dem Jahrestag der Invasion der alliierten Streitkräfte in der Normandie: *„Zum Sturz der Hitler- Diktatur brauchte es Patrioten und Soldaten. Weil wir Deutsche das wissen, sind wir keine Pazifisten. „Wir sind aber auch nicht leichthin bereit, zu militärischen Mitteln zu greifen“ „Wo militärisches Eingreifen jedoch nötig war und ist, entzieht sich Deutschland seiner Verantwortung für Frieden und Menschenrechte nicht“* (1)



Zur Rechtfertigung des Krieges der NATO gegen Jugoslawien sagte der damalige deutsche Außenminister Joseph Fischer: *„Wenn der Faschismus wieder sein Haupt erhebt, dann können wir nicht wegsehen“*

Frage an Hans Jochen Vogel (SPD- Politiker im Ruhestand): Sind Sie eigentlich prinzipiell gegen jeden Krieg?



„Gegen generellen Pazifismus spricht meine Lebenserfahrung mit dem NS-Gewaltregime. Ich werde es den Amerikanern nicht vergessen, dass sie sich an unserer Befreiung beteiligt ... haben.“

Der ehemalige US-Präsident Barack Obama sagte in seiner Rede beim Erhalt des Friedensnobelpreises 2009: *„Täuschen Sie sich nicht: Es gibt das Böse auf der Welt. Eine Armee der Gewaltlosen hätte Hitlers Streitkräfte nicht aufgehalten.“* (2)



Immer wieder wird der Krieg gegen die NS- Diktatur mit seinem unsagbaren Leid und seinen vielen Millionen Todesopfern als Beispiel für einen unumgänglichen, „gerechten“ Krieg angeführt. Wie kann ein solcher Krieg in Zukunft verhindert werden? Im folgenden sollen pazifistische Standpunkte dazu vorgestellt werden.

Dieses Faltblatt wird herausgegeben vom Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk der DFG-VK Bayern

Kontakt: bayern@dfg-vk.de;

www.dfg-vk-bayern.de

www.h-m-v-bildungswerk.de



Kein Hitler ohne Militär!

Immer wieder werden wir gefragt: Wie hätten ihr Pazifisten denn ohne Militär Hitlers Macht brechen wollen? Darauf haben wir eine klare Antwort: Wir hätten ihn gar nicht erst an die Macht gebracht! Hitlers Aufstieg und seine Gewaltherrschaft wären ohne die Unterstützung durch die deutschen Eliten, der Reichswehr und ohne paramilitärische Organisationen wie SA und SS undenkbar gewesen. Pazifistische Intellektuelle, wie Kurt Tucholsky oder Carl von Ossietzky, erkannten die von den Nazis ausgehende Gefahr bereits in den 20er Jahren. Die Deutsche Friedensgesellschaft warnte schon 1923: Stahlhelm und Hakenkreuz sind Deutschlands Untergang! Zu diesem Zeitpunkt hätte man keinen Krieg und keine bewaffneten Kräfte gebraucht um sich von Hitler und seiner menschenverachtenden Ideologie zu befreien. Man hätte ihn nur nicht zu wählen brauchen! Eine Reihe von Faktoren haben die Nationalsozialistische Partei an die Macht gebracht: Die Folgen des ersten Weltkrieges; die Militarisierung der politischen Kämpfe; der weit verbreitete Revanchegeanke; die Massenarbeitslosigkeit; die Ablehnung des parlamentarischen Systems durch die Eliten (Wirtschaft, Militär, Intelligenz) und Teile der Bevölkerung; das Versprechen von Frieden und Wohlstand; eine massive Propaganda mit den modernen Medien, die Judentum und Bolschewismus als Ursache des sozialen Elends darstellten etc. Politischer Widerstand vor 1933 hätte die Nazis verhindern müssen. Das ist nicht gelungen – weil es zu wenig PazifistInnen in Deutschland gab! Und zu viele Judenhasser, Nationalisten und Militaristen! Hitler versicherte der Reichswehführung bereits am 3. Februar 1933, nur vier Tage nach Amtsantritt, in Deutschland werde es keine Pazifisten mehr geben. (3) Das Terrorregime der Nazis konnte nur funktionieren, weil die Mehrheit der Deutschen sich dem militärischen System von Befehl und Gehorsam unterwarf. Millionen von Soldaten der deutschen Wehrmacht kämpften für die Kriegsziele der Nazis, nur einige Zehntausend desertierten.



**Adolf Hitler:
„Ein Soldat kann sterben, ein Deserteur muss sterben!“**

- (1) Südde. Ztg. vom 7.6.2004; zit. in: Prof. Knut Krusewitz: Warum sind Deutsche Keine Pazifisten? Beitrag Sommerakademie Schlaining 2004
- (2) Südde. Ztg. v. 11.12.2009.
- (3) nach Artikel Krusewitz, Schlaining 2004, s.o.
- (4) So Jacques Semelin: Ohne Waffen gegen Hitler. Frankfurt/ M. 1995.

Appeasement ist kein Pazifismus

„Ohne den Pazifismus der 30er Jahre wäre Auschwitz überhaupt nicht möglich gewesen.“ So der damalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler im Juni 1983 im Deutschen Bundestag. Dieser häufig formulierte Vorwurf bezieht sich auf den Versuch der Regierungen Englands und Frankreichs, sich mit den Gebietsansprüchen des deutschen Reiches zu arrangieren. Seinen formellen Ausdruck fand diese Politik im „Münchener Abkommen“ von 1938. Durch Zustimmung zur Annexion der Sudetendeutschen Gebiete durch Deutschland glaubten sie, einen Krieg vermeiden zu können.



Vor allem die englische Regierung versuchte angesichts schwindender politischer und wirtschaftlicher Macht, das angeschlagene British Empire auf diese Weise zusammenzuhalten. Mit Pazifismus hatte diese Regierung nichts im Sinn. Das Nichtangriffsabkommen zwischen dem deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 („Hitler-Stalin-Pakt“) ist ebenfalls kein Ausdruck von pazifistischer Politik. Der Diktator Stalin spekulierte auf einen Krieg zwischen den „kapitalistischen“ Staaten und auf Machterweiterung in Osteuropa. Die These, der Pazifismus habe die nationalsozialistische Kriegspolitik ermöglicht, kommt meist aus denselben rechts-konservativen Parteien, die mit Hitler seinerzeit koalitiert und ihn regierungsfähig gemacht haben. Sie haben dem Diktator damals zur Macht verholfen, und benutzen heute seinen gewaltsamen Sturz als Rechtfertigung für die Fortsetzung militärischer Machtpolitik.

Es gab im Vorfeld des 2. Weltkrieges keine pazifistische Politik zur Verhinderung oder Eindämmung des Faschismus. Die Geschichte lässt deshalb keine Schlussfolgerungen über die Chancen pazifistischer Konzepte zu. (4)

Ziviler Widerstand durch Regierungen

Während des zweiten Weltkrieges gab es viele Versuche, gewaltfrei und zivil Widerstand gegen die nationalsozialistische Besatzung zu leisten. Die Aktionen waren vereinzelt, unkoordiniert und ohne vorher entwickeltes Konzept. Trotzdem waren sie im Einzelfall wirkungsvoll. Sie konnten die Gewaltherrschaft nicht überwinden. Aber sie zeigen anschaulich die Möglichkeiten des gewaltfreien Widerstandes.

Dänemark

wurde 1941 von der Wehrmacht besetzt und musste 8 Torpedoboote an die deutsche Reichsmarine abliefern. Vor der Auslieferung wurden aber Geschütze, Torpedowerfer und Navigationsgeräte ausgebaut und versteckt. Die Schiffe waren für die Reichsmarine unbrauchbar. (5) Die dänische Regierung lehnte jede antijüdische Gesetzgebung ab. 1943 wurde die Evakuierung der dänischen Juden nach Schweden organisiert. (6)



König Christian von Dänemark reitet in schweigendem Protest gegen die deutsche Besatzung durch Kopenhagen (1940)

Finnland

war mit dem Deutschen Reich verbündet, aber weigerte sich strikt, jüdische Finnen auszuliefern.

Rumänien

war ebenfalls mit Deutschland verbündet. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung wurde die geplante Deportation der Juden verzögert. Die Regierung erlaubte noch 1942 die Ausreise von Juden nach Palästina. (7)

Belgien

Das belgische Verwaltungskabinett verweigerte die Mitarbeit bei der „Entjudung der belgischen Wirtschaft“. Die Notare wurden angewiesen, Veräußerungen von jüdischen Liegenschaften nicht zu beurkunden. Das Registergericht weigerte sich, von der deutschen Besatzung liquidierte jüdische Unternehmen aus dem Handelsregister zu tilgen. Belgische Banken meldeten jüdische Konten und Depots nicht an die Militärverwaltung. (8)

(5) Semelin, s.o., S.66

(6) Semelin, s.o. S. 202f

(7) Semelin, s.o. S. 204, 205

(8) Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Frankfurt/M. 2005, S. 230-233

(9) Alle Beispiele entnommen aus: „Gewaltfrei gegen Hitler“.

Hrsg: Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, Karlsruhe 2007

Gewaltfreier Widerstand durch Organisationen und Verbände

Norwegen

war von Deutschland besetzt, ein Nazi- treues Regime sollte einen faschistischen Staat nach deutschem Vorbild installieren. Doch es entwickelte sich Widerstand gegen die geplante Gleichschaltung der Berufsorganisationen durch massenhaften Austritt: 80% der Rechtsanwälte, 80% der Ärzte, 70 % der Ingenieure verließen ihre Verbände. 1942 widersetzten sich die Lehrer der Gleichschaltung. Trotz ca. 1100 Deportationen in Straflager brach der Widerstand nicht, er weitete sich aus. Die Familien der Deportierten wurden von der Gesellschaft versorgt. Die norwegische Vasallenregierung gab nach. (9)

Niederlande

Die niederländischen Ärzte weigerten sich von 1941-43, einer NS-Organisation beizutreten. 2/3 der Ärzte unterschrieben einen Protestbrief, fast alle Ärzte verdeckten 1943 aus Protest ihre Praxisschilder. Die Besatzungsregierung gab nach, verhaftete Ärzte wurden freigelassen. 1943 streikten eine halbe Million Menschen 6 Tage lang gegen einen Zwangsarbeitsdienst. Diese Streiks waren der Beginn des organisierten Widerstandes.

Polen

In Polen errichtete die Widerstandsbewegung im Untergrund Schulen und Universitäten. Damit wurde das Ziel der NS- Besatzer, die polnische Kultur auszulöschen unterlaufen. In den Jahren 1943 - 44 besuchten 30% der Grundschüler und 70 % der Gymnasiasten diese illegalen Schulen. (10)

Belgien

Zehntausende belgischer Berg- und Munitionsarbeiter streikten im Mai 1941 zehn Tage lang. Die Löhne mussten um 8% erhöht werden, ebenso die Lebensmittelrationen.



Frankreich

Im Juni 1941 streikten in Frankreich 80 % der Minenarbeiter 14 Tage lang. Diese Streiks waren auch Ausdruck des Widerstandes gegen die deutsche Besatzung.

Deutschland

Der öffentliche Protest zweier Bischöfe (van Galen und Faulhaber) stoppte 1941 in Deutschland die organisierte Ermordung geistig Behinderter (Euthanasie).

(10) Hierzu auch: Bernd Rill, Deutschland und Polen. Die schwierige Nachbarschaft, Puchheim 1981, S. 177

Ohne Waffen gegen die Nazi- Diktatur

Weitere Informationen zum Thema finden Sie: www.h-m-v-bildungswerk.de/

Bestellen und Verteilen sie dieses Faltblatt!

Herausgeber:

HMV- Bildungswerk der DFG-VK Bayern, Schwanthalerstr. 133, 80339 München, www.h-m-v-bildungswerk.de



Helmut-Michael-Vogel-Verein zur Förderung der FRIEDENSARBEIT der DFG-VK Bayerr

in Zusammenarbeit mit einer Arbeitsgruppe im Landesverband Bayern der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, DFG-VK. Kontakt s.o. Mail: bayern@dfg-vk.de ; Internet: www.dfg-vk-bayern.de ,

mit Unterstützung der Bertha- von - Suttner- Stiftung, c/o DFG-VK-Bildungswerk NRW , Braunschweiger Straße 22 44145 Dortmund, www.bertha-von-suttner-stiftung.de, in Zusammenarbeit mit dem DFG-VK Bildungswerk NRW, s.o., www.bildungswerk-nrw.dfg-vk.de,

in Zusammenarbeit mit „Pax an – die Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und Völkerverständigung e.V“, Werastr. 10, 70182 Stuttgart https://bawue.dfg-vk.de/bawue-pax_an

Bestellen Sie weitere Infomationen mit Hilfe dieses Rückmeldeabschnittes, siehe Rückseite

Beirat des Projekts

„Ohne Waffen gegen die Nazi-Diktatur“:

Dr. Detlef Bald, Historiker, Friedensforscher, München;
Prof. Arnold Köpcke-Duttler, Rechtsanwalt u. Pädagoge, Schweinfurt;
Dr. Guido Grünwald, historischer Friedensforscher und Finanzberater, Köln

Wir bitten um Spenden, steuerlich absetzbar, für das Projekt „Ohne Waffen...“ auf das Konto des HMV - Bildungswerks: IBAN: DE37 4306 0967 8217 1208 00 ; BIC: GENODEM1GLS

Impressum:

Texterarbeitung auf der Grundlage von Beiträgen der Arbeitsgruppe, Bildrecherche, Redaktion, Konzept Faltblatt: Thomas Rödl Gestaltung: nobby und onkeltom 2. Auflage 2017 : 4. - 6. Tsd. Druck: Verlag das freie Buch, München V.S.d.P.; Thomas Rödl, c/o DFG-VK, s.o.



DFG-VK

Bestellabschnitt

Bitte abtrennen und im frankierten Briefumschlag einsenden!

DFG-VK

Schwanthalerstraße 133
80339 München

Absender/in:

**Zukunft Sichern-
Abrüsten!**

Kein Krieg in meinem

Namen

Keine Soldaten im

Ausland

Keine ausländischen

Militärstützpunkte

Keine Atomwaffen

Kein Rüstungsexport

Kein Geld für die Rüstung

Militär abschaffen!

Für zivile

Konfliktbearbeitung

**Dafür will ich
mich einsetzen!**

wenn ja -

hier ankreuzen

www.no-militar.org

Ich bestelle

Expl. dieses Faltblattes „Ohne Waffen...“

Expl. Faltblatt „Wozu Bundeswehr“

Expl. Faltblatt Krieg und Krise

Expl. Faltblatt „Konflikte zivil bearbeiten“

Expl. Faltblatt „Krieg- Armut- Diktatur- Flucht“

Mehr Infos über „Zukunft Sichern- Abrüsten“

Mehr Infos über die DFG-VK

wir bitten um eine kleine Spende,

größere Mengen auf Anfrage

Gewaltfreier Widerstand durch Privatpersonen und Gruppen

Frauendemonstration in Berlin, Rosenstraße.

Tausende Frauen demonstrierten für die Freilassung ihrer jüdischen Ehemänner aus dem Gestapo- Gefängnis. Nach sieben Tagen Dauerdemonstration wurden ca. 2000 jüdische Gefangenen entlassen. (1), (2)

Auch wenn das sehr persönliche Anliegen dieser Frauen deren Risikobereitschaft erhöhte, boten sie dennoch dem ganzen Willkürapparat von SS und Gestapo erfolgreich die Stirn. Wäre diese Aktion anderenorts wiederholbar gewesen?

Erwin Dold,

ein wegen einer Kriegsverletzung nicht mehr kriegsverwendungsfähiger Luftwaffenfeldwebel, wurde als KZ-Kommandant abkommandiert. Erst nach Haslach, dann nach Dautmergen. Gegen den Widerstand der SS verbesserte er die Lebensmittelversorgung, Arbeitsbedingungen und Gesundheitsversorgung der KZ- Häftlinge. Auf dem Schwarzmarkt organisierte er Schlachtrinder für die KZ-Häftlinge. 1947 wurde Dold als einziger KZ-Kommandant des Dritten Reiches wegen erwiesener Unschuld freigesprochen. (3)

Franz Hammer,

Weiden. Als Sanitäter und Schreiber in einem Lager versorgte er russische Kriegsgefangene mit Proviant und schützte sie vor Übergriffen der SS. Einen von der SS niedergeschossenen Russen brachte er vor deren Augen aus dem Lager ins Krankenhaus. (4).

Die Weiße Rose

war der Name einer Widerstandsgruppe in München. Sie bestand von Juni 1942 bis zum Februar 1943. Die Mitglieder der Weißen Rose verfassten, druckten und verteilten insgesamt sechs Flugblätter, in denen zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus aufgerufen wurde. Die führenden Köpfe der Gruppe wurden gefasst und hingerichtet. (5)

Kriegsdienstverweigerung

Die Justiz der Wehrmacht fällte etwa 40.000 Todesurteile gegen deutsche Soldaten wegen Desertion, Befehlsverweigerung u. a. Delikte. 20 000 wurden vollstreckt.

1) Gewaltfrei gegen Hitler. Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, Karlsruhe 2007, S. 86 f.

2) Stolfus, Nathan: Widerstand des Herzens; München 1999

3) Badische Zeitung vom 30.4.2005; in 1) S. 95 ff

4) Süddeutsche Zeitung, 12./13.1.2008;

5) Detlef Bald (Hg): Wider die Kriegsmaschinerie. Kriegserfahrungen und Motive des Widerstandes der Weißen Rose. Klartext-V. Essen 2005

Zivil Handeln statt militärisch eingreifen!

Nicht nur im Widerstand gegen die NS- Diktatur und die deutsche Besatzung wurden Erfahrungen mit Gewaltfreiheit gesammelt. Viele soziale Bewegungen haben gewaltfreie Methoden entwickelt und angewandt. Daraus wurden Konzepte für „soziale Verteidigung“ und „Gewaltfreie Aktion“ entwickelt. (1)

Es gibt Konzepte für ziviles Eingreifen in anderen Ländern durch engagierte FriedensaktivistInnen. Sie arbeiten selbstorganisiert und staatsunabhängig für die Sicherung der Menschenrechte, die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit, die zivile Bearbeitung von sozialen und ökonomischen Konflikten sowie für die Unterstützung von gewaltfreien Gruppen in der jeweiligen Gesellschaft. (2)

Ein staatlich organisierter und finanzierter Ziviler Friedensdienst kann mit freiwilligen FriedensarbeiterInnen vorbeugend und nachsorgend in Konflikte eingreifen. Die Unabhängigkeit von staatlichen Machtinteressen muss aber gegeben sein. (3)

Gewaltfreie Aufstände sind erfolgreicher als gewaltsame, so das Ergebnis einer empirischen Untersuchung der US-amerikanischen Terrorismus- Expertin Erica Chenoweth. (4)

Verbrecherische Diktaturen sollten also mit zivilen Mitteln vorbeugend verhindert werden, dann braucht es keine Armeen „gegen das Böse auf der Welt“ (vgl. S. 1).

Die atomar gerüsteten Großmächte, die auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sitzen, liefern Waffen, schüren Konflikte und setzen ihre Interessen mit Waffengewalt durch. Bei vielen Kriegen der Gegenwart geht es um Öl, Diamanten und andere Rohstoffe. Die Nutznießer dieser Kriege sitzen meist in den reichen Industriestaaten.

UNO- Polizei statt NATO-Militärinterventionen

In Situationen drohenden Völkermordes könnte eine internationale Polizeitruppe der UNO Verbrechen verhüten, wenn die politische Vorbeugung versagt hat und andere Mittel nicht vorhanden sind. (z.B. Ruanda, Darfur) Eine solche Truppe gibt es nicht, weil die meisten Staaten ihre Truppen unter nationaler Verfügung behalten wollen. Menschenrechte können gegen den Willen von hoch gerüsteten Staaten militärisch nicht durchgesetzt werden.

(1) Theodor Ebert: Soziale Verteidigung, Waldkircher Verlagsgesellschaft 1983; derselbe: Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg. s.o., 1981; Renate Wanie: Ziviler Widerstand und Zivilcourage. In: Gewaltfrei gegen Hitler. Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden, 2007

(2) z.B. Peace Brigades International, <http://www.pbideutschland.de/> Nonviolent Peace Force: <http://de.nonviolentpeaceforce.de/>

WOW – Wirksam ohne Waffen! Eine Ausstellung über Beispiele gewaltfreien Eingreifens. Bezug: www.soziale-verteidigung.de/

(3) Infos zum Zivilen Friedensdienst: <http://www.forumzfd.de/> Zum Thema Zivile Konfliktbearbeitung: www.jetzt-abruesten.de

Ein Faltblatt „Konflikte zivil bearbeiten“ ist erhältlich über den webshop

Nie wieder Krieg ...

Kurz nach dem zweiten Weltkrieg und dem Ende der Nazi-Herrschaft war die Welt schon im „Kalten Krieg“ zwischen Ost und West. Abschreckung, militärische Stärke und Totrüstungen des Gegners waren die zentralen Konzepte der Militärpolitik der NATO. Das Grundgesetz der BRD von 1949 zieht die Konsequenzen aus Faschismus und Krieg. Die Führung eines Angriffskrieges ist verboten (Art 26 GG). Deutschland soll sich in die UNO einfügen und der internationalen Gerichtsbarkeit beitreten (Art. 24 GG). Unter den Vorzeichen des Kalten Krieges wurde die Wehrpflicht wieder eingeführt, die BRD in die NATO integriert und die Bundeswehr aufgestellt – „nur zur Verteidigung“.



Das war der erste Schritt zurück zu einem souveränen Staat, der seine Militärmacht für seine nationalen Interessen einsetzen kann. Seit ca. 20 Jahren ist die Aufgabe der deutschen Militärpolitik, die Freiheit der Handelswege und den Zugriff auf Ressourcen zu sichern.

Die Beschränkungen der deutschen Militärmacht durch das Grundgesetz und die Charta der UN wurden Schritt für Schritt ausgehebelt. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr dienen den deutschen nationalen und wirtschaftlichen Interessen, so der Ex- Präsident Köhler, und die Ex- Verteidigungsminister zu Guttenberg und de Maiziere.

Der Krieg gegen Jugoslawien 1999 mit Beteiligung der Bundeswehr sollte diesen Staat zerstückeln und die Teilrepubliken den neoliberalen Wirtschaftsstrukturen der EU unterordnen (5). Dieser Krieg war völkerrechtswidrig. (6)

Die NATO als Gesamtheit oder in wechselnden Koalitionen führt seither immer wieder Krieg, unter Missachtung des Völkerrechts, zur Beseitigung von Regierungen und zur Besetzung von Machtpositionen, z. B. im Irak, Afghanistan und in Libyen. Der „Krieg gegen Terror“ dient als Vorwand.

www.dfg-vk.de, oder mit dem Bestellabschnitt des Faltblatts bestellen. (4) Erica Chenoweth/Maria J. Stephan: Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict, Columbia University Press 2011

(5) Außenminister Fischer sagte, es ginge beim Krieg gegen Jugoslawien nicht nur um Werte, sondern auch um Interessen. Südde. Ztg. v. 27.-28.11.1999

(6) Ex- Bundeskanzler Schröder anlässlich der Abspaltung der Krim von der Ukraine: Der Krieg gegen Jugoslawien war völkerrechtswidrig, Die Welt v. 9.3.2014

(7) Aus dem Grundsatzprogramm der DFG-VK

www.dfg-vk-bayern.de/grundsatzprogramm.html

... nie wieder Faschismus

Mit dem Slogan „Nie wieder Auschwitz“ wollte Außenminister Fischer 1999 die Zustimmung der BürgerInnen zum Krieg gewinnen. An die 200 000 Menschen in Jugoslawien wurden durch den Krieg getötet, nicht durch Vernichtungslager wie Auschwitz. Die ehrliche Aussage, „Wir wollen unsere Interessen durchsetzen“, wäre von der Mehrheit der BürgerInnen nicht akzeptiert worden. Politischer Pazifismus will Faschismus und Kriege verhindern durch die allgemeine und vollständige Abrüstung und die Verwirklichung von politischer, sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit. Er wendet sich ebenso gegen nationalistische und rassistische Ideologien, die Gewalt erzeugen. (7)

Pazifismus stört die deutsche Militärpolitik!

Verantwortung übernehmen!

Deutschland könnte und sollte Verantwortung übernehmen für den Frieden in der Welt - mit zivilen Mitteln (s.o.). Aber Deutschland schürt Konflikte durch die Lieferung von Waffen und Polizeiausrüstung (auch) an diktatorische Regime.

In Deutschland gibt es nach wie vor Rassismus, Antisemitismus und faschistoide Einstellungen. Der faschistische Führerstaat präsentiert sich auch in der Gegenwart als Modell für Gerechtigkeit und Wohlstand. Angesichts von Verarmung und Umverteilung nach oben, Sozialabbau und Entsolidarisierung erzielt die Propaganda der Neonazis eine gewisse Resonanz in der Gesellschaft.

Verantwortung übernehmen die BürgerInnen,

die für Abrüstung und Respektierung der UNO- Charta eintreten, die anti-rassistische Bildungs- und Aufklärungsarbeit betreiben, die die Entwicklung eines sozialen und demokratischen Staates einfordern, die für eine gerechte Wirtschaftsordnung und gegen die Zerstörung der Natur eintreten.

Faschismus funktioniert nicht ohne Militär!

Daher gehört die politische Arbeit gegen Krieg, Faschismus und Neonazismus eng zusammen!



Ohne Waffen gegen die Nazi-Diktatur

